

Arbeit. In: Otto, H.-U.; Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. München 2011

Wang, Y.; Chui, E.: Development and validation of the perceived social work competence scale in China. In: Research on Social Work Practice 1/2017, pp. 91-102

Weinhardt, M.; Kelava, A.: Die performanzorientierte Erfassung psychosozialer Beratungskompetenz in Forschung und Lehre im Rahmen einer Simulationsumgebung. In: Neue Praxis 4/2016, S. 363-377

Widulle, W.: Gesprächsführung in der Sozialen Arbeit: Grundlagen und Gestaltungshilfen. Lehrbuch Basiswissen für den sozialen Beruf. Wiesbaden 2012

Zwicker-Pelzer, R.: Beratung in der sozialen Arbeit. Bad Heilbrunn 2010

ALLGEMEINES

Stolperstein für Siddy Wronsky. Am 23. Oktober dieses Jahres wurde in der Barstraße 23 in Berlin-Wilmersdorf ein Stolperstein für Siddy Wronsky (1883-1947) vor ihrem ehemaligen Wohnhaus verlegt. Siddy Wronsky war eine bedeutende Sozialreformerin, Sozialarbeiterin und Vertreterin der bürgerlichen sowie der jüdischen Frauenbewegung in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Sie leitete unter anderem bis 1933 das Archiv für Wohlfahrtspflege in Berlin, die Vorläufereinrichtung des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI), und baute es zu einem Dokumentationszentrum mit landesweiter Bedeutung und einer umfangreichen Fachliteratur- und Fallsammlung aus. Sie war Mitherausgeberin der 1925 erstmals erschienenen „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“, in deren Nachfolge die Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“ des DZI seit 1951 veröffentlicht wird. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme musste Siddy Wronsky im Winter 1933/1934 nach Palästina emigrieren, wo sie ihre Arbeit fortsetzte und vom israelischen Staat als „Gründerin der Sozialarbeit in Erez Israel“ posthum geehrt wurde.

Neues Förderprogramm der Stiftung Mitarbeit.

Ab sofort können sich zivilgesellschaftliche Demokratieinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet für den Förderfonds Demokratie bewerben, der von acht großen deutschen Stiftungen ins Leben gerufen wurde. Unterstützt werden ganz oder teilweise durch freiwilliges bürgerschaftliches Engagement getragene Vorhaben, Ideen und Projekte, die einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten, indem sie sich auf der Grundlage der Menschenrechte für das Gemeinwohl engagieren und die Dialogfähigkeit und Pluralität fördern. Dabei richtet sich das Angebot sowohl an innovative Ansätze als auch an bereits etablierte Projektideen, die an andere Standorte transferiert werden sollen. Jedes ausgewählte Projekt erhält eine einmalige Förderung von bis zu 5 000 Euro verbunden mit der Gelegenheit, an einer Projektwerkstatt teilzunehmen. Nach einer bereits abgeschlossenen Förderrunde können ab Januar 2020 Bewerbungen für die zweite Runde eingereicht werden. Die vollständige Ausschreibung, ein Link zum Bewerbungsformular und weitere Informationen stehen im Internet unter www.foerderfonds-demokratie.de zum Abruf bereit. *Quelle: mitarbeiten 3.2019*

Die Soziale Arbeit reagiert auf die wachsende soziale Krise in Europa. In einer Konferenz der Europäischen Mitglieder der Internationalen Vereinigung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (IFSWS), die im September dieses Jahres in Wien stattfand, machten Delegierte europäischer Organisationen der Sozialen Arbeit auf die gegenwärtigen Herausforderungen für die soziale Stabilität in Europa aufmerksam. Beobachtbar seien neben einer Zunahme der Hasskriminalität

unter anderem eine öffentliche Sorge bezüglich der Migration und der Klimaproblematik, ein Anstieg von Nationalismus und Populismus, eine fortgesetzte Sparpolitik sowie niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und ein Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, fassten die IFSW Europa und ihre Mitgliederorganisationen mehrere Beschlüsse. So wolle man die Regierungen auffordern, Maßnahmen zum Schutz des gemeinsamen Lebensraums zu ergreifen, und mit anderen Organisationen mit ähnlichen Zielen zusammenarbeiten, um die soziale Inklusion zu stärken sowie Armut und Diskriminierung in Europa zu begegnen. Außerdem werde die IFSW politisch Verantwortungstragende dazu aufrufen, eine inklusive Sprache zu benutzen und den Gebrauch von Hate Speech gegen Minderheiten und spezifische Gruppen einzudämmen. Weitere Beschlüsse der Konferenz befürworteten eine auf Kohäsion abzielende Politik und die Fortsetzung der Unterstützung für nationale Organisationen der Sozialen Arbeit. Die IFSW ruft nationale Organisationen Sozialer Arbeit dazu auf, über die Themen und Prioritäten zu beraten, die in die Globale Agenda für Sozialarbeit und soziale Entwicklung 2020-2030 aufgenommen werden sollen. *Quelle: Newsletter der IFSW vom 9.9.2019*

Bericht „Fünf Jahre Dokumentationsstelle Antiziganismus“. Am 1. Oktober dieses Jahres stellte die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) die anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens erstellte Broschüre mit dem Titel „Fünf Jahre Dokumentationsstelle Antiziganismus: Ein Rückblick“ vor. DOSTA erhebt und analysiert jährlich antiziganistische beziehungsweise gegen Sinti und Roma gerichtete Vorfälle in der Hauptstadt. Insgesamt wurden in den fünf Jahren seit dem Bestehen des Projekts 699 solcher Vorfälle erfasst, davon 167 im Jahr 2017 und 161 im Jahr 2018, wobei die Anzahl der dokumentierten Übergriffe im Zeitraum 2014 bis 2018 um 50 % gestiegen sei. Außer den Fallzahlen bietet die Broschüre Informationen zu den historischen Kontinuitäten des Antiziganismus in Deutschland und zu dessen institutionalisierten Formen. Des Weiteren enthält sie ein Interview mit dem Leiter der Anlaufstelle DOSTA zur beruflichen und sozialrechtlichen Situation der Roma und ein Interview mit einem Rechtsanwalt zur aufenthaltsrechtlichen Situation Geflüchteter aus den Westbalkanstaaten und zu ihrem Alltag in Berlin. Die sozialrechtlichen Veränderungen in der BRD in den Jahren 2005 bis 2019 und die hier beobachtbaren asylrechtlichen Veränderungen in den Jahren 1949 bis 2019 werden in zwei Chroniken präsentiert. Beachtung findet darüber hinaus auch der Antiziganismus insbesondere in den Social Media. Die komplette Broschüre steht unter www.amaroforo.de/sites/default/files/files/Dokumentation2019-web.pdf im Internet. Auch der unter <http://berlin-monitor.de/berlin-monitor-2019/> zu findende Berlin-Monitor 2019 enthält Hinweise zum Problem des Antiziganismus in Berlin. *Quelle: Presseportal des Landes Berlin vom 1.10.2019*

SOZIALES

Teilhabeatlas veröffentlicht. Mit dem Ziel, regionale Unterschiede im Hinblick auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermitteln, führte das Berlin-Institut gemeinsam mit der Wüstenrotstiftung eine Analyse aller 401 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland durch, die sich auf Indikatoren wie das Einkommen, die Erreichbarkeit von Ärztinnen und Ärzten, die Einkaufsmöglichkeiten sowie den Zugang zu einem schnellen Internet und zu alltäglichen Dienstleistungen stützte. Zusätzlich wurden fast 300 Einzelinterviews und Gruppengespräche mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertretenden aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft geführt, um die subjektive Wahrnehmung der Verhältnisse zu untersuchen. Die in einem sogenannten „Teilhabeatlas“ dokumentierten Ergebnisse zeigen, dass die Partizipationschancen je nach Wohnort stark variieren. Besonders gut seien sie in Baden-Württemberg, in Teilen Bayerns und im südlichen Hessen, während die Menschen in den meisten ostdeutschen Regionen mit vergleichsweise geringen Teilhabechancen lebten. Empfohlen werden unter anderem eine einheitliche Grundversorgung wie beispielsweise mit gut funktionierenden Datenleitungen, die Herstellung gleicher Bildungschancen sowie mehr Entscheidungsautonomie und Freiräume für die Kommunen und für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Ein Internetlink zu der kompletten Studie findet sich auf der Website www.berlin-institut.org/publikationen/studien/teilhabeatlas-deutschland.html. *Quelle: Mitteilung des Berlin-Instituts vom 22.8.2019*

Projekt zur Vermittlung von Wohnungen an wohnungslose Menschen. Als Teil einer bundesweit neuen Strategie gegen Wohnungslosigkeit startete der Berliner Senat für Integration, Arbeit und Soziales im Oktober 2018 das Modellprojekt „Housing First Berlin“, das von der Berliner Stadtmission, dem gemeinnützigen Träger Chance gGmbH und dem Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Berlin mit seiner Initiative „Housing First für Frauen Berlin“ realisiert wird. Das dem Projekt zugrunde liegende Konzept wurde in den 1990er-Jahren in den USA entwickelt und wird seither in mehreren europäischen Ländern umgesetzt. Bisher erhielten durch „Housing First Berlin“ bereits 34 Menschen eine Wohnung. Die Miete wird vom Jobcenter oder vom Sozialamt übernommen und darf 20 % über dem Richtwert liegen. Außerdem können auf Wunsch auch Hilfen von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern oder von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei Behördengängen, Arztbesuchen und bei der Suche nach Therapieplätzen in Anspruch genommen werden. Der Berliner Senat schlägt vor, ergänzend „Safe Places“ (sichere Plätze) zur Verfügung zu stellen, von denen obdachlose Menschen nicht vertrieben werden dürfen und wo sie Betreuung durch sozialpädagogisches Fachpersonal und einen Zugang zu einer legalen Beschäftigung erhalten. Ein Link zum ersten Zwischenbericht der

Evaluation des Modellprojekts „Housing First Berlin“ ist unter www.berlin.de/sen/ias/presse/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.850800.php im Internet zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales vom 30.9.2019*

Forschungsprojekt zu den Lebensumständen der Roma und Romnja in Bulgarien. Mit dem Ziel, einen Einblick in die Lebenssituation der Roma in Bulgarien zu gewinnen, realisierten 15 Studierende des Fachbereichs Sozialwesen der FH Münster ein Forschungsprojekt in Plovdiv-Stolipinovo, dem größten bulgarischen Roma-Viertel. Sie führten rund 100 Interviews mit Roma und Romnja sowie mit Bulgarinnen und Bulgaren, die keiner Minorität angehören. In einem viertägigen Workshop wurde das auf diese Weise gesammelte Wissen dann den Themenbereichen Diskriminierungserfahrungen, Partizipationsmöglichkeiten, Selbstbild, Fremdbild und Kohäsion beziehungsweise Zusammenhalt zugeordnet. Wie sich herausstellte, macht sich die Diskriminierung der befragten Roma in sämtlichen Lebensbereichen wie vor allem im Beruf, in der Freizeit und bei den sozialen Kontakten bemerkbar. Erfahrungsberichte der Studierenden können im Internet unter www.transnationalerraum.wordpress.com eingesehen werden. Ausführlichere Informationen sind unter www.fh-muenster.de/hochschule/aktuelles/pressemitteilungen.php?pmid=7947 zu finden. *Quelle: Mitteilung der FH Münster vom 2.10.2019*

Lehrgang zur Ausbildung von Peers der Wohnungslosenhilfe in Wien. Nach dem Beispiel ähnlicher Programme in Skandinavien und Großbritannien bietet die Wohnungslosenhilfe Neunerhaus in Wien seit Februar dieses Jahres einen kostenfreien Zertifikatslehrgang für ehemals von Obdachlosigkeit Betroffene an, die sich zu „Peers“ beziehungsweise Erfahrungsexpertinnen und -experten für aktuell wohnungslose Menschen ausbilden lassen können. Vermittelt werden in dem aus sieben Modulen bestehenden Lehrgang neben Wissen zu psychischen Erkrankungen und zu Suchterkrankungen sowie zum Thema Vielfalt und Gesellschaft auch Kompetenzen in den Bereichen Kommunikation und Gestaltung zwischenmenschlicher Begegnungen und Beziehungen. Im Oktober dieses Jahres schlossen erstmals 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs ab. Wer sich für das Angebot interessiert, findet auf der Internetseite www.neunerhaus.at/konzepte/zertifikats-kurs-peers weitere Informationen. *Quelle: www.wien.orf.at/stories/3014420*

GESUNDHEIT

Projekt zur Gesundheit im Nachtleben und Risikominimierung bei Konsum. Das Projekt „Sonar – Safer Nightlife Berlin“ ist eine Kooperation von Berliner Präventions- und Suchtthilfeprojekten, der Initiative Eclipse sowie der Clubcommission Berlin. Es zielt darauf ab, Besucherinnen und Besucher von Tanzveranstaltungen im Party-

setting über die Risiken des Substanzkonsums zu informieren und für ein geeignetes Risikomanagement zu sensibilisieren. Im Rahmen dieses Projekts werden Partygäste auf die an mehreren Berliner Standorten täglich stattfindenden Partydrogensprechstunden des Berliner Drogennotdienstes und der Vista gGmbH hingewiesen. Zudem beinhaltet das Angebot Infostände mit kostenlosen Safer-Use-Materialien zur Infektionsvermeidung sowie kostenfreie Schulungen für das Clubpersonal und für Partyveranstalterinnen und -veranstalter zu den Themen Risiko- und Gesundheitskompetenz, Arbeits- und Infektionsschutz, Konsumreflexion, psychoaktive Substanzen und Chemsex beziehungsweise Geschlechtsverkehr unter Drogeneinfluss. Weitere Informationen stehen auf der Internetseite <https://safer-nightlife.berlin/> zur Verfügung. *Quelle: Paritätischer Rundbrief 3. Quartal 2019*

Neues Online-Beratungsangebot zu sexuell übertragbaren Infektionen. Anlässlich des Welttags der sexuellen Gesundheit wies die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) am 4. September dieses Jahres auf ihr neues Online-Beratungsangebot www.liebesleben.de/beratung hin. Als Weiterentwicklung des vorherigen Portals www.aidsberatung.de bietet die neue Internetseite nicht nur Beratung zum Thema HIV und AIDS, sondern auch zu anderen sexuell übertragbaren Infektionen (STI) wie Syphilis und die durch Krankheitserreger wie Chlamydien und Humanen Papillomviren entstehenden Erkrankungen. Die anonyme und kostenlose Online-Beratung ist Montag bis Donnerstag von 10 bis 22 Uhr und Freitag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr besetzt. Angesprochen sind nicht nur Betroffene, sondern auch Personen aus deren Freundes- und Angehörigenkreis, aus dem Arbeitsumfeld sowie pädagogische und andere Fachkräfte, die sich zu Themen in Bezug auf STI informieren möchten. Ein Beratungsstellenfinder hilft bei der Recherche nach lokalen Beratungsangeboten. Wer Fragen hat, kann sich zu den oben genannten Zeiten auch an die unter der Rufnummer 02 21/89 20 31 erreichbare Telefonberatung wenden. *Quelle: Pressemitteilung der BZgA vom 2.9.2019*

Broschüre zur guten Pflege von Menschen mit Demenz. Das Landesgremium Demenz in Rheinland-Pfalz hat auf einem Treffen am 17. September dieses Jahres die neue Broschüre „Haltung entwickeln – Gute Pflege vom Menschen mit Demenz“ vorgestellt, die sich als Qualifizierungsmodul für die Fortbildung von Pflegefachkräften eignet. Spezifiziert wird zunächst die Handlungskompetenz, die die Pflegefachpersonen durch die in dem Handbuch beschriebenen Fortbildungsinhalte erreichen sollen. Im Weiteren folgen Hinweise zum personenzentrierten Ansatz und zu validierenden Techniken. Darüber hinaus geht es um Rollenspiele mit Übungen wie beispielsweise zum Treppensteigen, Einkaufen und Essen und um die Vermittlung pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse, bevor dann auf die Selbstreflexion der

Praxisanleitenden und auf eine Reihe von Methoden für die Praxisanleitung eingegangen wird. Bei diesen handelt es sich beispielsweise um Habitus- und Haltungsübungen, Rollenspielen und die Szenische Improvisation. Aufgezeigt wird zudem auch, wie die Biografiearbeit als eigenständiges Thema einer systematischen Praxisanleitung angegangen werden kann. Nach einigen Ausführungen zur Gestaltung von Schulungen unterschiedlicher Dauer schließt der Leitfaden mit Hinweisen zur Ergebnis-sicherung und Anschlussfähigkeit der Fortbildung. Zum Download der Broschüre geht es unter www.msagd.rlp.de/de/service/publikationen im Internet. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 17.9.2019*

JUGEND UND FAMILIE

Monitoring-Bericht zur Prävention sexueller

Gewalt. Im Auftrag des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) führte das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in den Jahren 2015 bis 2018 eine Befragung von Leitungen und Fachkräften in fast 5 000 pädagogischen und gesundheitlichen Einrichtungen durch, um zu untersuchen, welche Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Kitas, Schulen, Kliniken, Praxen und Sportvereinen inzwischen verwirklicht werden und welche Schwierigkeiten bei deren Implementierung auftreten. Wie der am 4. September dieses Jahres in Berlin vorgestellte Abschlussbericht des Monitorings zeigt, würden häufig einzelne Elemente von Schutzkonzepten umgesetzt wie beispielsweise Fortbildungen für Fachkräfte, Präventionsangebote für Kinder und Jugendliche, Infoabende für Eltern, interne und externe Beschwerdemöglichkeiten und ein Handlungsplan bei einem Verdacht. Umfassendere Schutzkonzepte gebe es bisher jedoch eher selten. Damit Schutz und Hilfen überall selbstverständlich werden, fordert der USBKM entsprechende gesetzliche Vorgaben sowie zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen für die genannten Institutionen. Genauere Informationen stehen auf der Internetseite

www.beauftragter-missbrauch.de/presse-service/presse-mitteilungen/detail/missbrauchsbeauftragter-und-deutsches-jugendinstitut-dji-stellen-monitoring-bericht-zur-praevention-sexueller-gewalt-vor. *Quelle: Pressemitteilung des USBKM und des DJI vom 4.9.2019*

Forschungsprojekt zur frühen Abwendung von religiös begründetem Extremismus. Im Rahmen des auf drei Jahre angelegten Forschungsprojekts „Frühe Distanzierungen junger Menschen vom religiös begründeten Extremismus – eine biografische Interviewstudie“ soll am Kompetenzzentrum für Soziale Interventionsforschung der Frankfurt University of Applied Sciences bis zum Jahr 2022 untersucht werden, welche Bedingungen dazu beitragen, dass sich junge Menschen, die sich radikalislamischen oder extremistisch-islamistischen Gruppierungen angeschlossen haben, frühzeitig wieder von diesen distanzieren. Besonderes Interesse gilt hierbei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, denen der Ausstieg aus der islamistischen Szene ohne begleitende Hilfe- und Beratungsangebote gelungen ist. Die empirische Grundlage dieser Forschung bilden biografische Interviews mit Jugendlichen zu ihrer Lebensgeschichte, die durch einen Wissenschafts-Praxis-Dialog mit erfahrenen Fachkräften ergänzt werden. Geplant ist, anhand der Ergebnisse fachliche Empfehlungen zu erarbeiten, wie sich pädagogische Interventionen gestalten und weiterentwickeln lassen, um eine frühe Abwendung von islamistischen Strömungen zu unterstützen. *Quelle: Pressemitteilung der Frankfurt University of Applied Sciences vom 27.8.2019*

Empfehlungen zum systemischen Kinderschutz.

Auf ihrer im September dieses Jahres abgehaltenen Jahrestagung in der Universität Hamburg legte die Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGST) die knapp 100-seitige Broschüre „Systemischer Kinderschutz. Kontexte, Wechselwirkungen und Empfehlungen“ vor, die darauf abzielt, die interdisziplinäre Kooperation und Vernetzung im Kinderschutz zu verbessern. Erläutert werden zu Beginn die „Leitplan-

40 Jahre dokumentierte Fachdiskussion 40 Jahre Sozialwissenschaftliche Literaturdokumentation

- ▶ Onlinezugang in über 200 Hoch- und Fachhochschulbibliotheken
- ▶ Individuelle Beratung und Recherche mit Dokumentenlieferung

DZI SoLit



Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI

www.dzi.de

ken“ eines systemischen Kinderschutzes, womit die gesetzlichen Grundlagen, die gesellschaftlichen Entwicklungen und die Eingrenzungen der Begrifflichkeiten „Gewalt“ und „Familie“ gemeint sind. Weitere Ausführungen beziehen sich auf die „Systemische Sozialraumstärkung“, auf den Kinderschutz als Elternrecht, auf die pränatale Kindeswohlgefährdung, auf den Kinderschutz für ältere Kinder und Jugendliche und auf die Strukturen zum Schutz junger Menschen in Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Heimen, Jugendzentren, Wohngruppen und Schulen. Im Anschluss an einige Beobachtungen zur Rolle der Medizin im Kinderschutz werden im Anhang systemische Arbeitsmethoden wie das Kidstime-Konzept für Kinder psychisch kranker Eltern, die aufsuchende Familientherapie, die Multifamilienarbeit und der Familienrat beleuchtet, wobei auch die systemische Fallanalyse als Methode zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz im Blickfeld steht. Die Broschüre kann unter der Anschrift www.dgsf.org/aktuell/news/systemischer-kinderschutz-empfehlungen-der-dgsf-im-netz-abgerufen-werden.
Quelle: *Presseinformation der DGSF vom 16.9.2019*

Kampagne für bessere Rahmenbedingungen der Jugendhilfe. Angesichts gravierender Missstände in der Berliner Jugendhilfe initiierte der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) im Mai dieses Jahres eine „Jugendhilfe-Reklamaton“, in der rund 500 Fachkräfte 676 Forderungen erarbeiteten. Aus diesen wurden von 1365 Praktikerinnen und Praktikern die 13 wichtigsten per Abstimmung ausgewählt. Angemahnt werden eine deutliche Anhebung der Vergütung und eine verbindliche Tarifbindung, höhere Personalschlüssel und eine Ausstattung mit Arbeitsmitteln wie beispielsweise Dienstfahrzeugen, Fahrscheinen für die öffentlichen Verkehrsmittel, Diensthandys, PCs und Software. Darüber hinaus sei es wichtig, mehr therapeutische Angebote für Kinder und Jugendliche bereitzustellen, mehr bezahlbaren Wohnraum für Projekte und Klientinnen und Klienten während und nach der Hilfe zu schaffen, Fortbildungen und Supervision zu finanzieren und die Kinder- und Jugendhilfe als ein zentrales Thema in der Bundespolitik zu verankern. Das Reklamatonsteam ruft Fachkräfte dazu auf, kurze Handyvideos mit einer Dauer von maximal 15 Sekunden einzureichen, die einen Aspekt der nicht funktionierenden Jugendhilfe veranschaulichen, um diese Beiträge in einen Film auf der Website der Kampagne zu integrieren. Materialien für Flyer, Demoplakate, Abgeordnetenbesuche und Fachtage werden auf der Internetseite www.jugendhilfe-reklamaton.de/und-jetzt/ zur Verfügung gestellt. Quelle: www.jugendhilfe-reklamaton.de

AUSBILDUNG UND BERUF

Kampagne für inklusiven Freiwilligendienst. Um jungen Menschen mit einem Handicap die Möglichkeit zu eröffnen, einen Auslandsfreiwilligendienst zu absolvieren, startete das europäische Jugendinformationsnetz-

18.-21.11.2019 Bergisch Gladbach. Seminar für Praktiker/-innen der Sozialen Arbeit: Phänomen Trauma als Herausforderung für die Sozialarbeit. Information: Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Wintererstraße 17-19, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200 17 00, E-Mail: akademie@caritas.de

21.-22.11.2019 Berlin. 25. Bundeskongress für Leitungskräfte in der Altenhilfe: Wege aus der Dauerkrise – Altenhilfe fordert Perspektive für Leitungskräfte in der Altenhilfe. Information: Deutscher Verband der Leitungskräfte der Alten- und Behindertenhilfe e.V., Bahnhofsallee 16, 31134 Hildesheim, Tel.: 051 21/289 28 72, E-Mail: info@dvlab.de

22.11.2019 Köln. 2. ZKJ-Tag – Fachtagung für Kinderschutzrecht und Jugendhilfe. Information: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Tel.: 0800/12 34-333, E-Mail: reguvis@bundesanzeiger.de

22.-24.11.2019 Berlin. 53. Bundesfachtagung: Zusammenhalt durch Haltung – Heilpädagogik in der Verantwortung zwischen Person und Gesellschaft. Information: Berufsverband der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen – Fachverband für Heilpädagogik (BHP) e.V., Herzbergstraße 82-84, 10365 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, E-Mail: info@bhponline.de

27.11.2019 Berlin. 31. Jahrestagung des Fachverbandes Glücksspielsucht. Information: Fachverband Glücksspielsucht (fags) e.V., Meindersstraße 1a, 33615 Bielefeld, Tel.: 05 21/55 77 21-24, E-Mail: verwaltung@gluecks-spielsucht.de

2.12.2019 Berlin. Fachtagung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft: Demenz und Migration. Information: Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V., Selbsthilfe Demenz, Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, Tel.: 030/259 37 95 17, E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de

5.-7.12.2019 Leverkusen. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie: Hilfe und Zwang – alter Widerspruch im neuen Gewand? Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP), Bundesgeschäftsstelle, Zeltinger Straße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, E-Mail: info@dgsp-ev.de

11.12.2019 Bremen. Fachtagung: Lebensqualität älterer Menschen mit geistiger Behinderung. Information: Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e.V. und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskekweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/38 81 18 90, E-Mail: info@gesundheit-nds.de

23.-25.1.2020 Kassel. 7. Christlicher Gesundheitskongress. Du bist es wert – Menschen. Würde. Achten. Information: Christen im Gesundheitswesen e.V., Bergstraße 25, 21521 Aumühle, Tel.: 041 04/917 09 34, E-Mail: info@christlicher-gesundheitskongress.de

werk Eurodesk gemeinsam mit dem gemeinnützigen Verein Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev) vor Kurzem die Kampagne „Einfach (was) bewegen“. Für Interessierte wurde ein auch in Gebärdensprache, in Audiodeskription und mit Untertiteln verfügbarer Kurzfilm produziert, der authentische Eindrücke aus einem weltwärts-Freiwilligendienst in Ghana, einem inklusiven Workcamp in Wien und einem Freiwilligendienst eines Österreichers in Deutschland vermittelt. Der Film und weitere Informationen finden sich auf den Internetseiten www.inklusivefreiwilligendienste.de und www.jetzt-einfach-machen.de. *Quelle: Pressemitteilung von Eurodesk und bezev vom 11.9.2019*

Ratgeber für Kooperationen in der beruflichen Pflegeausbildung. Um die an der Pflegeausbildung beteiligten Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Pflegeschulen bei der Durchführung der im nächsten Jahr startenden neuen Pflegeausbildungen zu unterstützen, hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) auf der Grundlage eines Fachworkshops eine 77-seitige Broschüre mit Empfehlungen für die Ausgestaltung von Kooperationsverträgen in der beruflichen Pflegeausbildung nach dem Pflegeberufegesetz erarbeitet. Die in der Handreichung zusammengestellten Hinweise beziehen sich auf die Organisation der Ausbildung, auf die Sicherstellung der Ausbildungsqualität und auf die Abwicklung der Refinanzierung zwischen den Kooperationspartnern. Neben einigen Formulierungsvorschlägen für die Erstellung eigener Kooperationsverträge finden sich hier unter anderem auch Tipps für die Zusammenarbeit der Kooperationsparteien, für die Planung und Sicherstellung der Ausbildung, für die Praxisanleitung, für die Kostenerstattung und für die Spezifizierung der Rahmenbedingungen zur Durchführung der Ausbildung im Kooperationsvertrag. Die Publikation kann auf der Internetseite des BIBB unter der Anschrift <https://lit.bibb.de/vufind/Record/DS-183668/Description> (Link: Volltext) abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung des BIBB vom 2.10.2019*

Forschungsprojekt zu den beruflichen Herausforderungen nicht heterosexueller Fachkräfte. Trotz einer zunehmenden Akzeptanz nicht heterosexueller Lebenswelten sind Fragen der sexuellen Orientierung für Fachkräfte der Sozialen Arbeit weiterhin von Belang. Die dahingehenden Herausforderungen, denen die nicht heterosexuellen Fachkräfte begegnen, wurden nun in einem Forschungsprojekt am Fachbereich Sozialwesen der FH Münster untersucht. Dabei ergab sich, dass bei offen gelebter Homosexualität die Kooperation mitunter verweigert werde, was insbesondere in Zwangskontexten wie unter anderem der Kindeswohlgefährdung Probleme verursache. Vor allem im kirchlichen Umfeld könne ein Coming-out negative Konsequenzen wie Kündigungen oder Ablehnungen von Bewerbungen nach sich ziehen. Um den Handlungsstrategien der Betroffenen nachzugehen, führten die beiden Forscher Online-Interviews mit

elf lesbischen, schwulen und bisexuellen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Beobachten ließen sich fünf Strategien: das „Straight-acting“ beziehungsweise eine heterosexuelle Auftretensweise, die „Vermeidung“ eines ungewollten Outings durch Lügen, die „Konfrontation“ als Widerspruch bei homophoben Äußerungen, die „Gleichstellung“ beziehungsweise Handlungsneutralität und die „Abgrenzung“. Da die Arbeitszufriedenheit durch das Straight-Acting und durch die Vermeidung sinke, gelte es, die Vielfalt der nicht heterosexuellen Lebensweisen in der Sozialen Arbeit anzuerkennen und entsprechende Themen bereits im Studium zu verankern. *Quelle: Mitteilung der FH Münster vom 27.9.2019*

Weiterbildungsteilnahme von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels der Jahre 2014, 2015 und 2016 untersuchte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die Weiterbildungsteilnahme von Beschäftigten mit und ohne Migrationshintergrund in den Jahren 2014 bis 2015. Die Erkenntnisse zeigen, dass 31 % der Arbeitnehmenden ohne Migrationshintergrund an mindestens einer beruflichen Weiterbildung teilnahmen. Bei den Migrantinnen und Migranten der ersten Generation lag dieser Anteil mit 20 % deutlich niedriger. Beschäftigte mit Migrationshintergrund der zweiten Generation hingegen nahmen mit 33 % etwas häufiger an Weiterbildungen teil als die Beschäftigten ohne Migrationshintergrund. Dabei ist die Teilnahmequote der beschäftigten Frauen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation mit 35 % besonders hoch, was damit zusammenhängt, dass diese zu 95 % einen beruflichen oder hochschulischen Bildungsabschluss besitzen und häufig in Bereichen wie Erziehung, Gesundheit oder Öffentlicher Dienst arbeiten, die sich durch hohe Weiterbildungsquoten auszeichnen. Empfohlen wird, Anstrengungen zur Intensivierung der Teilhabe an beruflicher Weiterbildung vor allem auf die selbst Eingewanderten der ersten Generation zu fokussieren und deren mitgebrachte Qualifikationen anzuerkennen. Näheres ist im Internet unter <http://doku.iab.de/kurzber/2019/kb1919.pdf> zu finden. *Quelle: Mitteilung des IAB vom 2.10.2019*